Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 13 v. 8–6, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hr. Fischer, 6. nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Vereine und Behörden 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Ohne Verbindlichkeit für die rechtzeitige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gehaften. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung, durch Briefmarken oder Nachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

34. Jahrgang.
Aufl. 47,000 Stück.
Dresden, 1889.

Wasch-Anzüge
für **Knaben** und **Mädchen** empfehle ich in den verschiedensten Stoffen und Ausführungen zu 1.30, 1.50, 1.75, 2, 2.50, 3, 4 Mark etc.
Hermann Herzfeld, Dresden, **Altmarkt.**

Totaler
Tapeten- und Rouleaux-Ausverkauf
wegen Geschäftsverlegung nach Berlin.
G. A. Mann,
Trompeterstr. 5.

Preuss & Brendecke, Dresden
König-Johannsstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten** und **Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.
Seidene Bänder, Spitzen, Spitzen-Stoffe, Corsets, Congress-Stoffe, Häkelarbeiten.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Photographie von **Hahn's Nachfolger,**
Waisenhausstrasse 34,
nahe dem Dippoldiswaldaer Platz.
Specialitäten: **Kinder- u. Gruppen-Aufnahmen**, Visitkarten-Photographien 12 St. von 6 M. ab, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung bis Lebensgrösse von 40 M. ab.

Carl Wendschuch, nur Trompeterstr. 18, **Bandagist** und **Verfertiger chirurgischer Instrumente** und **orthopädischer Apparate,** als: Corsets, Geradehalter, Beinschienen, künstliche Arme, Beine, Stelzfüsse etc. Fabrikant von Hörrohren, Massage-Apparaten, Arbeiter-Schutzmasken und Schutzbrillen, sowie **sämmtlichen Artikeln zur Krankenpflege.**

Nr. 138. Spiegel: Vorstände der Zechenverwaltungen beim Kaiser, das Vereinigungsverfahren. Hofnachrichten, Wettiner Jubelfeier, Sitzung der Stadtverordneten, Diaconissenanstalt, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Die Walküre". | **Sonnabend, 18. Mai.**

Für den Monat Juni

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn zu 77 Kreuzer (ausschließlich Aufgeld) angenommen.

Die geehrten Leser, die die „Dresdner Nachrichten" **außerhalb Dresdens** nachgesandt wünschen, haben die erforderliche Uebersendungsgebühr (im 1. Monat des Kalender-Vierteljahrs 60 Pfge., im 2. Monat 40 Pfge. und im 3. Monat 20 Pfge.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die werthen auswärtigen Bezieher dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das betr. Postamt wenden, durch welches die gegenwärtige Bestellung erfolgt. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes, sowie nach Bayern und Württemberg werden daselbst gegen eine Gebühr von 50 Pfge., im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 13.
Geöffnet { an Wochentagen von Vorm. 8–6 Uhr Nachm.
an Sonn- und Festtagen von Vorm. 8–12 Uhr Mittags.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Otto in Dresden.

Kaiser **Wilhelm hat den Zechenverwaltungen einen Bescheid** ertheilt, der im ganzen Deutschen Reiche freudigste Zustimmung erwecken wird. Nur den Zechenverwaltungen selbst wird er nicht gerade wie Musik in den Ohren klingen. Hingegen werden die kaiserlichen Worte den westfälischen Bergleuten die Gewißheit geben, daß sie weise daran handelten, eine Abordnung nach Berlin zu senden, ihre Sache dem Kaiser selbst vorzutragen. Der kaiserliche Bescheid eröffnet die Aussicht auf rasche Beendigung der Massenarbeitseinstellung der Kohlenarbeiter. Dies dürfen nicht blos die infolge des Kohlenmangels in Bedrängniß gerathenen verschiedenen Industriezweige erwarten, dies hoffen namentlich auch alle Vaterlandsfreunde. Denn in den Worten des Kaisers ist die Bürgschaft gegeben, daß die Grundlage zum sozialen Frieden geschaffen und mit der Beseitigung häßlicher Mißbräuche der Wiederkehr solcher gefährlicher Ereignisse wie im Ruhrkohlengebiete vorgebeugt wird. Kaiser Wilhelm sprach in Ausübung des hohen Schiedsamtes, wie es ein Ausfluß des sozialen Königthums ist. Die kaiserlichen Worte vom Donnerstag ergänzen diejenigen vom Dienstag auf's Glücklichste und Verheißungsvollste. Hätte es bei der Aussprache des Kaisers an die Abordnung der Bergleute sein Bewenden gehabt, so wäre ein Rest von Ungewißheiten zurückgeblieben. Der Bescheid des Kaisers an die Vertreter der Zechen beseitigt jeden Zweifel über die eigentliche Auffassung des Streitfalles durch den Kaiser. Viel anders, als er gesprochen, konnte der Kaiser nicht zu den Bergleuten reden. Er mußte vor allen Dingen die Ungesetzlichkeit des Kontraktbruches der Arbeiter rügen, denn als oberster Schirmherr des Rechts hat er jedem Rechtsbruch entgegenzutreten, selbst wenn er in der Noth und als Gegenwehr verübt wird. Er mußte die Bergleute auch vor der Verquickung ihrer Sache mit den Parteiumtrieben der Sozialdemokraten warnen. Ein gewisser Grad von Schneidigkeit war dabei unerläßlich. Hätte der Kaiser nicht seine Entschlossenheit betont, jeden Versuch ruhestörerischer Unternehmungen mit der ganzen Stärke seiner kaiserlichen Gewalt niederzuschlagen, so würde — zwar nicht bei den gereifteren Bergleuten und am allerwenigsten bei ihren Berliner Abgesandten, aber bei Manchem der Elemente, die sich bei solchen Bewegungen hervordrängen, der gefährliche Irrglaube erweckt worden sein, daß mit solchen Dingen zu spaßen sei. Auch ist gewiß nicht außer Acht zu lassen, daß ein gar zu weites Entgegenkommen bei vielen Bergleuten die Ansprüche in's Unermeßliche gesteigert hätte. Eine solche mißbräuchliche Berufung auf das kaiserliche Wohlwollen hätte, statt die Verständigung herbeizuführen, sie nur erschwert. Was einigermaßen befremdete, war einzig eine gewisse Schärfe etlicher Ausdrücke; doch weiß alle Welt jetzt zur Genüge, daß der jugendliche Kaiser zunächst noch zu einer sehr entschiedenen, lebhaft gefärbten Ausdrucksweise seiner Gedanken und Ansichten neigt. Da aber die Worte des Kaisers an die Bergleute eine sorgliche Untersuchung ihrer Beschwerden zusagten und nicht die Aufforderung enthielten, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen, so war mit der Dienstags-Audienz im Allgemeinen das durch die Umstände Gebotene getroffen und die kaiserlichen Worte übten auch in Westfalen zum Theil die erwartete, beruhigende Wirkung aus: es wurde auf vielen Zechen wiederum angefahren.

Bis zum Donnerstag aber änderte sich das Bild einigermaßen, doch zum Glück nur in erfreulicher Richtung. Als die Vertretung der Zechen im kaiserlichen Schlosse erschien (es war noch vor 8 Uhr früh Morgens), lag die von 3 Abgeordneten und den 3 Bergleuten in einem stillen Zimmer des Reichstagsgebäudes abgeschlossene Vereinbarung vor. Auf die lange Rede des Sprechers der Zechen, der ihre Bereitwilligkeit zu Lohnerhöhungen wunderschön ausmalte, ging der Kaiser gar nicht weiter ein, sondern hielt den Herren einen Spiegel vor, aus dem ihnen ein allerdings nicht sehr vortheilhaftes Bild ihres ganzen Verhaltens entgegentrat. Die Antwort des Kaisers fiel länger aus, sie war auch in der Ausdrucksweise verbindlicher gehalten, aber sie ließ den Zechenverwaltungen keinen Zweifel, daß der Kaiser guten Grund zu schwerer Unzufriedenheit mit ihrer ganzen Geschäftsführung hat. Der Kaiser kleidete seine Vorwürfe in milde Worte, sie wirken umso eindringlicher. Wir finden in der Auslassung des Kaisers alle die Betrachtungen wieder, die sich auch uns über den Streitfall aufgedrängt hatten. Es gereicht uns zu hoher Genugthuung, daß auch der Kaiser sich wundert, daß die Zechen von den sich vorbereitenden Ereignissen keine Kenntniß gehabt, daß sie nicht das Geringste gethan haben, um dem, was man kommen sehen mußte, Einhalt zu thun, daß sie keine Fühlung mit ihren Arbeitern unterhalten. Der Kaiser nennt es menschlich begreiflich, wenn die Arbeiter einen reichlicheren Antheil an den gestiegenen Ausbeuten der Zechen haben wollen u. s. w. Der Kaiser freute sich sehr der gewonnenen Grundlage zur Verständigung und er legte den Herren warm an's Herz, sie anzunehmen. Mögen sich die Herren diese trotz aller Milde der Form strafenden Worte des Kaisers gesagt sein lassen! Vom höchsten Werthe sind die herrlichen Worte des Kaisers, daß er es als seine königliche Pflicht betrachtet, den Betheiligten, den Arbeitgebern wie Arbeitern, bei Meinungsverschiedenheiten seine unbefangene Unterstützung zuzuwenden. Der Kaiser betonte am Schlusse besonders kraftvoll die Pflichten, die ihm sein königliches Amt gegenüber allen Unterthanen auferlege: wie kommt die Gesammtheit der Staatsbürger, wie der ganze Handel und Wandel dazu, unter den unnöthigen Lohnkämpfen zwischen Bergleuten und Zechen zu leiden? Kraft seines sozialen Königthums schützt der Kaiser auf der einen Seite die wirthschaftlich Bedrängten, als Staatsoberhaupt aber hält er von den an den Lohnkämpfen Unbetheiligten jede Störung fern. Wir zweifeln nicht an der tiefen Wirkung der kaiserlichen Worte, nicht blos zur Beilegung des verderblichen Zwistes in Westfalen, sondern in weit höherem Grade auch im Allgemeinen zu Gunsten der friedlichen Entwickelung, zur Herbeiführung des sozialen Friedens. Kaiser Wilhelm hat sich vom ersten Tage seiner Regierung an als warmherziger Schirmherr der schaffenden Arbeit und ihrer Träger bewiesen; als Erbe des sozialpolitischen Programms seines Großvaters hat er Worte gesprochen, die den Erfolg einer gewonnenen Schlacht bedeuten.

Die Vertreter der Zechen werden bei längerem Verweilen in Berlin rasch dahinter kommen, daß die Sympathieen für sie in den höheren und höchsten Kreisen von Stunde zu Stunde mehr erkaltet sind. Sollte es dem Abg. Hammacher nicht gelingen, die Zustimmung der Zechen zu der unter seinem Vorsitz vereinbarten Grundlage zu gewinnen, so lüden sich die Widerstrebenden eine schwere Verantwortlichkeit auf. Nur ein Vertreter, der Bergassessor Krabler, soll dem Einvernehmen widerstreben. Er ist Vertreter des Kölnischen Bergbauvereins, deren Aktien 177 stehen und zum größten Theil in ausländischem Besitze sind. Ist es zu dulden, daß uns das Ausland die Herbeiführung des sozialen Friedens erschwert? Je mehr Einzelheiten man von dem ganzen leidigen Kohlenzwiste erfährt, desto unbegreiflicher erscheint er. Man weiß jetzt, daß bisher noch keine persönliche und unmittelbare Verhandlung zwischen den Zechenverwaltungen und den Bergleuten über die strittigen Punkte stattgefunden hat; selbst die Bergbehörden und Fabrikinspektoren, denen doch vernünftigerweise die Vermittelung zwischen beiden Theilen zufällt, hatten bisher noch nicht das Mindeste gethan, um sie einander näher zu bringen. Erst der Entschluß der Bergleute, sich an das landesväterliche Herz des Kaisers zu wenden, brach das Eis. Die fünftägige Berathung der 3 Abgeordneten und der 3 Bergleute im Reichstag brachte die Sache in Fluß und in's richtige Geleise. Wir meinen daher, der Kaiser wird sich nicht darauf beschränken, an die Bergleute und Zechen mahnende Worte zu richten, sondern er wird auch durch seine Regierung den Beamten, die nirgends zu sehen waren, wo man sie doch am Nöthigsten brauchte, ihre Pflicht gehörig einschärfen lassen. Wie konnten solche Mißstände, wie das Aullen von Förderwagen, das unregelmäßige Achten der Hunte, die übertriebenen Strafabzüge, die Knauereien des Holzverschalens beim Schachtabteufen, wie vor Allem die ausnaggelnde Ueberanstrengung durch Ueberschichten vorkommen und sich jahrelang einnisten? Es hat hier an der gehörigen staatlichen Oberaufsicht gefehlt. Denn das Berggesetz schreibt der Bergbehörde die Fürsorge für Leben und Gesundheit der Arbeiter vor; auch die Gewerbeordnung enthält einige Schutzbestimmungen. Aber weder Bergbehörden noch Fabrikinspektoren griffen ein, zum Theil wegen schlechter Ordnung ihrer Befugnisse, es fehlen jedoch auch noch sehr wesentliche Bestimmungen, z. B. wegen der Länge der Arbeitszeit. Führe man eine wirksamere Staatsaufsicht ein und ergänze man die so lückenhaften Schutzbestimmungen überhaupt! Es macht dem Kaiser alle Ehre und zeugt von seiner ernsten Auffassung seiner Regentenpflichten, daß er seinen früheren Erzieher, Dr. Hinzpeter aus Bielefeld, nach dem Ruhrkohlengebiete entsandt hat, um genauen unbefangenen Bericht über die Arbeiterverhältnisse einzuholen — aber liegt darin nicht ein Tadel der Königl. Behörden, daß ein so außergewöhnlicher Schritt erst nöthig ist?

Den westfälischen Bergleuten stellte der Kaiser mit vollem Rechte ein treffliches Leumundszeugniß aus: „sie haben auf mich einen guten Eindruck gemacht". Sie haben namentlich aber den Abg. Singer, der sich an sie heranschlängelte und für die Sozialdemokratie umgarnen wollte, von sich abgeschüttelt. Sie bestätigen die gute Meinung, die man von je von ihnen hatte. Anders die oberschlesischen Bergleute! Sie fingen ihren Streik sofort mit Gewaltthätigkeiten und Brutalitäten an. Sie leihen ihr Ohr den sozialdemokratischen und anarchistischen Aufhetzern. Ein großer Theil der schlesischen Bergleute sind Polen und die aus Westfalen ausgewiesenen, vor einigen Monaten erst dahin verlockten, jetzt aber wieder in ihre Heimath zurückgekehrten Bergleute verführen jetzt ihre Landsleute zu Ausschreitungen. Sie haben es umso leichter, da die Schnapsflasche unter den schlesischen, namentlich polnischen Arbeitern eine große Rolle spielt. Die katholische Geistlichkeit vermochte bisher den Schnapsteufel nicht zu bannen und das macht die Leute zu Raukbolden. Gleichwohl sei an der Erwartung festgehalten, daß nach der Beilegung des westfälischen Streikes auch der schlesische durch verständige Zugeständnisse beendigt wird. Die herrlichen Worte des Kaisers werden allerorten gebührend beherzigt werden.

Neueste Drahtberichte der „Dresdner Nachr." vom 17. Mai.

Berlin. Der **Reichstag** trat heute in die 3. Lesung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes ein. v. Manteuffel (kons.) erklärte, daß, wenn er auch dem Gesetze zustimmen könne, er doch mancherlei schwere Bedenken dagegen habe. Den unteren Verwaltungsbehörden und den Organen der Selbstverwaltung erwachse durch das Gesetz eine erhebliche Arbeitslast. Es sei aber dringend nöthig, daß das Gesetz zum Abschluß gelange. Er sei überzeugt, daß wenn der Inhalt des Gesetzes mehr bekannt wäre, die Zahl der Gegner desselben lange nicht so groß sein würde. Die Unkenntniß der Bestimmungen sei ein Uebel, das nur die Praxis beseitigen könne. Nicht zutreffend sei der Grund, daß durch das Gesetz die freie Bethätigung der christlichen Liebe beschränkt werde. Wenn Staatssekretär v. Bötticher sagte: Liebet die Brüder, so war er gewiß nicht der Meinung, daß dies nur innerhalb der Grenzen dieses Gesetzes geschehen könne. Auch die „Zerstörung des patriarchalischen Verhältnisses" sei kein zutreffender Grund gegen das Gesetz: leider könnten wir mit dem patriarchalischem Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überhaupt keinen Staat mehr machen. Dieses Verhältniß werde durch das Gesetz nicht verschlechtert. Für die Einheitsrente sei ja eine größere Anzahl seiner Freunde; er könne die von denselben dafür angeführten Gründe nicht theilen und fürchte insbesondere nicht, daß die Rentenbemessung der Vorlage die Auswanderung aus dem Osten fördere. Um des großen Zieles willen, bitte er, einzelne Bedenken gegen die Vorlage zu unterdrücken. (Lebhafter Beifall). — Singer (Soz.): Der Vorredner habe nicht nachgewiesen, daß das Gesetz den gerechten Ansprüchen der Arbeiter entspreche. Weil dies nicht der Fall würden die Sozialdemokraten gegen das Gesetz stimmen. Wenn dieses Gesetz als die Krönung der Sozialreform gegeben werde, so sei dies einfach die Bankerotterklärung der staatlichen Sozialreform. Es sei eine sehr ehrenvolle Aufgabe, dem Volke die Augen darüber zu öffnen, was es mit dieser Sozialreform auf sich habe. § 1 widerspreche dem Grundsatz: gleiches Recht für Alle, weil die Kleingewerbtreibenden und Kleinbauern nicht mit aufgenommen seien. Die Bestimmung über die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit werde verderblich wirken. Die Rente sei zu niedrig. Singer kritisirt alsdann die aufgenommenen Lohnklassen, welche mangelhaft ausgebildet seien. Den Hauptnutzen vom Gesetz habe die Landwirthschaft, deren Armenlast vermindert werde. Die Organisation sei kostspielig und schwerfällig, die freien Hilfskassen würden dagegen geschädigt. Diese ganze Sozialreform töne aus in den Flintenschüssen in Westfalen. Hoffentlich gelinge es keinem Ihring-Mahlow oder Wohlgemuth, den deutschen Kaiser zu zwingen, deutsche Arbeiter über den Haufen schießen zu lassen. Holtz (Reichsp.) meint, das Gesetz schaffe eine unnatürliche Interessengemeinschaft ganz verschiedener Berufsklassen und auf der anderen Seite eine Ungleichheit unter gleichberechtigten Arbeiterklassen. Die angenommenen Lohnklassen seien für ihn unannehmbar. Auch im Lande sei ein Bedürfniß überhaupt nicht vorhanden, und für die Industrie sei bereits anderweit gesorgt. Das Gesetz werde erst die Invaliden auf dem Lande schaffen, indem es zur Simulation anreize. Staatssecretär v. Bötticher bedauert, daß neben der Sozialdemokratie auch bei anderen Parteien die Kaiserbotschaft Gegner gefunden habe. Eine Sozialreform nach Singers Recept hätten die verbündeten Regierungen am allerwenigsten treiben wollen. Singer stehe auf dem Standpunkt, daß dem hungernden Arbeiter das Butterbrot verweigert werden soll, weil es nicht belegt sei. Die Arbeiter würden sich das hoffentlich merken. Wenn Singer behauptet, das Gesetz sei Sand in die Augen, wenn man den Beutel nicht aufthun wolle, so sei er es ja gerade, der verhindere, daß die Beiträge der Arbeitgeber und des Reichs bezahlt werden, wenn er das Gesetz ablehne, die ablehnende Haltung der Landwirthschaft im Osten lasse eine große Unkenntniß des Gesetzes erkennen. Zur Bethätigung eines patriarchalischen Geistes gegenüber den Arbeitern werde sich noch immer Gelegenheit finden, aber den besitzenden Arbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen, sei schwer. Vertage man das Gesetz nicht! Man werde nach 6 Monaten auch nicht besser informirt sein als jetzt. Mit Ausnahme der Rentenhöhe, deren Herabminderung ohne Gefahr nicht angehe, könnte in Zukunft auf Grund der Erfahrung jede Bestimmung des Gesetzes verbessert werden. Nehmen Sie das Gesetz an und schaffen Sie damit einen glücklichen und zufriedenen Zustand für die ganze Arbeiterwelt, zur Ehre und zum Ruhme des Vaterlandes und zu einem Beispiel, dem hoffentlich bald alle civilisirten Staaten folgen werden. (Lebhafter Beifall.) Dr. Barth (freis.): Würde heute das Gesetz von der Regierung zurückgezogen, so würde Niemand zufriedener sein als die Coalition, die sich zur Durchbringung desselben zusammengethan. Nur in der freien Coalition, nicht durch Zwangsgenossenschaft könnten die Aufgaben erfüllt werden, welche das Gesetz anstrebe. Der Liberalismus habe sich für die Arbeiter wahrhafte Verdienste erworben, während die für das Gesetz gewonnenen Parteien nur den Erwerb aus Capitalbesitz und die Grundrente zu erhöhen trachteten. Gehlert (Reichsp.): Man bekämpfe den staatlichen Zwang und wolle an Stelle desselben Ueberredung. Aber die Ueberredung sei seit 2000 Jahren vergeblich versucht worden. Niemand habe ein Recht, dem Staat in die Arme zu fallen, wenn er das soziale Recht für die Arbeiter beanspruche. Bis heute sei es noch nicht vorgekommen, daß der Besitzende dem Besitzlosen den vollen Ertrag der Arbeit aus freien Stücken gewährt habe. Nicht Gnade, sondern Recht fordere der Kaiser vom Reichstag für den Arbeiter. Er werde für das Gesetz stimmen. Nachdem sich noch Komierowski (Pole) und Winterer (Elsässer) gegen das Gesetz erklärt, wird die Weiterberathung auf morgen vertagt.

Berlin. Die „Nat.-Ztg." weist die Einmischung der Freisinnigen in die Verhandlungen wegen des westfälischen Streiks zurück. Das Blatt schreibt: Die Herren Schmidt und Baumbach haben auf Grund eines angeblichen Auftrages, den sie sich von den gestern abgereisten Bergarbeitern verschafft, den Versuch gemacht, Namens der Streikenden mit den hier anwesenden Mitgliedern des Vorstandes des bergbaulichen Vereins Verhandlungen zu führen und sind mit diesem Unternehmen selbstverständlich gescheitert. Es fehlt ihnen jeder Beruf zu einer solchen Einmischung, und außerdem kann über die Bedeutung, welche das aufgenommene Protokoll etwa für die Weiterentwickelung der Angelegenheit gewinnen mag, nur zwischen dem Plenum der Werkbeiratsvorstände und den Bergleuten an Ort und Stelle entschieden werden. Wenn von fortschrittlicher Seite nun, wie es heute geschieht, von einem Abbruch der Verhandlungen seitens der Vertreter der Grubenbesitzer gesprochen wird, so könne das sehr leicht aufregend auf die Streikenden wirken. Es muß deshalb nachdrücklich constatirt werden, daß der Beruf der Herren Schmidt und Baumbach zu Verhandlungen nur in dem Fractionsreclamebedürfniß und in der von diesem geweckten Phantasie bestand. — Nachrichten aus Waldenburg zufolge beträgt die Zahl der Streikenden jetzt 12,000.

Brüssel. Die Königin Carola von Sachsen trifft am 21. Mai zu längerem Aufenthalt hier ein.

New-York. Große Sensation erregt die angeblich erfolgte Secirung eines Lebenden. Es wird behauptet, daß der Gedankenleser Bishop nur in einem seiner Ohnmachtsanfälle gewesen sei, als

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund), Rampische Str. 41/42.
Vollmilch, Sahne, Schlag-Sahne, Kindermilch, Butter, Eier und Quark täglich 8 Uhr frei ins Haus.